

transparent

VBE

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. / Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Sachsen-Anhalt



**Einkommensrunde und Personalratswahl 2015
mit dem**

VBE

Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Sachsen-Anhalt

Seite 3: Gedanken zum Schulalltag in Sachsen-Anhalt

Seite 4: Bildungsmaterial über das Schulbuch hinaus –
kostenfrei, aktuell und pädagogisch wertvoll

Seite 5: Mehr Gerechtigkeit jetzt wagen –
5,5 Prozent mehr – Einkommensrunde 2015

Seite 7: Tarifverhandlungen zur Entgeltforderung
in Berlin

Seite 13: Jeder zweite Lehrer ohne geschützte
Dienst-E-Mail-Adresse

Leitartikel



Helmut Pastrik

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe, Sie sind alle gut in das neue Jahr gekommen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien für das vor uns liegende Jahr alles Gute im beruflichen und persönlichen Leben.

Das Jahr 2015 wird uns alle wie jedes Jahr vor neue Herausforderungen in der Schule und im gesamten Bildungsbereich stellen. Aber auch in unserer Verbandsarbeit wartet viel Interessantes auf uns und wird auch das Einbringen jedes einzelnen Mitglieds erfordern.

Im Jahr 2015 begehen wir das 25-jährige Verbandsjubiläum – ein Vierteljahrhundert Erfolgsgeschichte auf dem Bildungssektor in Sachsen-Anhalt! Durch viel Eigeninitiative, den Willen und die Kraft eines jeden einzelnen Mitglieds haben wir uns zu einer starken Interessenvertretung im Land Sachsen-Anhalt herausgebildet. Unsere gemeinsamen Interessen und Ziele sowie das ständige Miteinander in unserer Verbandsarbeit bis zum heutigen Tag haben uns auch zusammengeschweißt.

Am 16. Februar findet in Berlin die Auftaktveranstaltung der diesjährigen Tarifverhandlungen statt. Es geht unter anderem um 5,5 % mehr Lohn, jedoch mindestens 175 Euro mehr Gehalt bei gleichzeitiger Übertragung auch auf den Beamtenbereich. Für unsere Berufsgruppe geht es aber um weit mehr. Nach mehrmaligen Versuchen soll es nun zum Abschluss einer Lehrereingruppierungsordnung (L-EGO) kommen. Das ist mehr als eine bloße Herausforderung. Seit einigen Monaten wird diese in einer Arbeitsgruppe vorbereitet und erarbeitet. Nun kommt die wichtigste Frage: Wird sie auch unterzeichnet? Ich denke, dass wir dies uns alle sehnlichst wünschen. Wir müssen aber auch bereit sein, für unsere Ziele zu streiten und Flagge zu zeigen. Bereiten wir uns auf eine harte Tarifauseinandersetzung vor. Ich glaube nicht, dass es noch eine weitere Chance gibt, dieses Ziel zu erreichen.

Auf zwei weitere bildungspolitische Höhepunkte, an der auch der VBE beteiligt bzw. mit Hauptorganisator ist, möchte ich Sie noch

aufmerksam machen. Vom 24.–28. Februar findet in Hannover wieder die didacta statt. Der VBE wird mit einem eigenen Stand vertreten sein. Der VBE Sachsen-Anhalt ist einer der Mitorganisatoren und auch dort vertretenen Landesverbände. Besuchen Sie die größte Bildungsmesse Europas und natürlich auch den VBE-Stand, informieren Sie sich über aktuelle und neue Bildungsmedien und holen Sie sich Anregungen für eine anspruchsvolle Unterrichtsgestaltung. Dazu erwarten Sie am VBE-Stand auch vielfältige und interessante Workshops und Vorträge.

Vom 12.–15. März findet in Leipzig die Buchmesse statt. Im vergangenen Jahr haben wir erstmals gemeinsam mit der Buchmesse Leipzig den Deutschen Lehrertag als Frühjahrstagung mit großem Erfolg durchgeführt. Daran können sich sicher noch alle erinnern, die dabei waren. Nun wird es am 12. März eine Neuauflage mit dem Thema „Burnout-Kids“ geben. Es erwarten Sie sicher wieder ein interessanter und informativer Hauptvortrag sowie attraktive Workshops. Dieser Lehrertag wird von den VBE-Landesverbänden Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen organisatorisch vorbereitet. Auch sind wir wieder gemeinsam während der gesamten Zeit mit einem Stand auf der Buchmesse vertreten.

Nach diesen Höhepunkten folgt schon der nächste und für unsere Arbeit einer der wichtigsten. Denn es geht um die Vertretung Ihrer persönlichen und dienstlichen Interessen in den Lehrer-Personalräten. Die Personalratswahlen sind für unsere Arbeit ein entscheidender Meilenstein. Wenn wir uns für Ihre Interessen einsetzen sollen, benötigen wir Ihre Stimmen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten des VBE.

Ich freue mich auf ein weiteres erfolgreiches Jahr mit Ihnen und dem VBE Sachsen-Anhalt

Ihr

Helmut Pastrik
Landesvorsitzender

Impressum

VBE transparent – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle

Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale
Telefon: 0345 – 6872177, Fax: 0345 – 6872178
Internet: www.vbe-lsa.de, E-Mail: post@vbe-lsa.de

Bankverbindung

Sparkasse Halle, IBAN: DE81 8005 3762 0387 0113 17
BIC: NOLADE21HAL

Namentlich gekennzeichnete Artikel sowie Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Anzeigen

Landesgeschäftsstelle

Redaktionelle Bearbeitung

Torsten Wahl (Schriftleiter)
Forellenweg 13, 06463 Falkenstein/Harz
Telefon: 034741 – 679001, Fax: 034741 – 72926

Karin Schemmerling
Maiglöckchenring 21, 06198 Salzatal
Telefon/Fax: 034609 – 20132

Basis-Gestaltung

Typoly, Berlin | www.typoly.de

Titelbild

Fotolia 47414166 | © Tilo Grellmann | Fotolia.com

Satz und Druck

Gebrüder Wilke GmbH | www.wilke-gmbh.de

ISSN: 2190-4499

Gedanken zum Schulalltag in Sachsen-Anhalt

Zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 gab es nach der Schulschließung von 39 Schulen im Land Sachsen-Anhalt für viele Familien, Kinder und sogar ganze Städte und Gemeinden Veränderungen, die langfristig deutliche Spuren hinterlassen. Die Stadt Stolberg verlor ihre Schule nach umfangreicher Sanierung.

Es war ja nicht umsonst! Denn Mario Barth fand so den Weg in diese Stadt und sorgte für eine ganz andere Präsenz im Fernsehprogramm als sicherlich gewünscht. Sein Fokus lag auf dem Umgang mit Finanzmitteln.

Schulfusionen im Grundschulbereich standen ja zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Lösungsansatz für kleine Grundschulen zur Diskussion. Welche Auswirkungen haben diese nicht populären Maßnahmen?

Über Tierhaltung auf engstem Raum macht man sich in Deutschland Gedanken und erlässt Verordnungen zur Verbesserung der Aufzucht. Jedem Hund wird zur artgerechten Haltung eine Fläche von 10 m² und Auslauf zubilligt. Schulen mit viel Auslauf, Spielplatz, ausreichend Räumlichkeiten, eigenem Sportplatz und Turnhalle wurden geschlossen und wegen der Kostenersparung der kommunale Kindergarten gleich mit.

Nun stehen 6-jährige Kinder deutlich früher auf, stehen jeden Morgen am Bus. Werde ich heute wieder zwischen den Großen stehen müssen, werde ich geschubst? Und hoffentlich vergesse ich meine Sportsachen nicht im Bus? Schaffe ich es, rechtzeitig auszusteigen? Wenn sich das Kind endlich aus dem Bus gequetscht hat, liegt das letzte Stück Schulweg noch vor ihm. Seine Eltern können ja auch nicht immer fahren, weil der kleine Bruder auch noch in den Kindergarten des Nachbarortes muss.

Der Start schon vor Schulbeginn ist also gar nicht entspannt. Nun geht es in einen vollen Klassenraum. Wieder steht oder sitzt das Kind zwischen der großen Zahl anderer kleiner Schulstarter, die viel Aufmerksamkeit und Hilfe brauchen, weil sie doch so vielfältig und verhaltensorientiert sind.

Endlich Pause! Damit auch die große Chance, mit Schwung sofort anzuecken und eins der begehrten Kühl-Pads zu erwerben. Dadurch nicht erholt, ausreichend bewegt und entspannt zum nächsten Unterrichtsabschnitt wieder in den Klassenraum.

Im Hort nach der Schule ist es auch wieder eng. Weil es so viele Schulstarter sind, muss das Lesenüben auch nach Hause verlegt werden. Eigentlich will sich dieser

Schulstarter endlich mal frei bewegen, rennen, sich austoben und richtig Luft holen, geht jedoch wieder nicht, der Bus nach Hause ist ja noch. Hätte dieses Kind die nun geschlossene Schule im Wohnort besucht, wäre der Tag entspannter verlaufen, Verabredungen wären möglich und das Lernen unter weniger Anspannung nicht so schwer.

Schulkind in Sachsen-Anhalt zu sein, ist ein langer „Arbeitstag“ und die mögliche „Bio-Haltung“ wurde oft gegen „Käfighaltung“ eingetauscht. Wie startet eine Familie damit entspannt in den Tag? Wie viele Familien werden in Ortsteile ohne Schule ziehen? Das sind nur wenige weitere Fragen.

In Niedersachsen beträgt die Mindestschülerzahl für eine Grundschule 34. Die kleinste Schule in Rheinland-Pfalz hat 18 Schüler. In Südtirol werden in den kleinsten Ortschaften die Schulen wieder geöffnet.

Kinder sind unsere Zukunft – gehen wir sorgsam mit ihnen um!

Das Anlegen umfangreicher Materialsammlungen über jeden Schüler der Grundschule hilft sicherlich auch nicht, die diagnostizierten Probleme der Kinder zu lösen, wenn das Umfeld oder notwendige Fachpersonal an den Schulen fehlt. Nach der letzten Bürgerbefragung des dbb vom Meinungsforschungsinstitut forsa in Deutschland unterstreichen 99 % der Befragten die Wichtigkeit der Schule. Dabei haben 56 % der Befragten festgestellt, dass dafür nicht zu viel Geld ausgegeben wird.

Kerstin Bode,
stellvertretende Landesvorsitzende



Kerstin Bode

Bildungsmaterial über das Schulbuch hinaus – kostenfrei, aktuell und pädagogisch wertvoll

Um im Schulunterricht aktuelle Thematiken aufzugreifen und Schüler für das aktive Mitwirken an Unterrichtsthemen zu motivieren, kann es überaus hilfreich sein, Materialien zu nutzen, die in ihrer Aktualität sowie durch eine kinder- bzw. jugendgerechte Aufbereitung über Schulbücher hinausgehen. Auf die Entwicklung ebensolcher Unterrichtsmaterialien ist die Berliner Agentur „capito – Bildungskommunikation“ spezialisiert. Auf ihrer Website www.capito.de bietet sie einen kostenfreien Pädagogenservice an, über den sich Lehrer zu den aktuell erscheinenden Materialien, aktuell laufenden Schulwettbewerben und anderen Mitmachaktionen informieren lassen können. Dabei können sie die Informationen auf ihre Unterrichtsfächer und -themen eingrenzen.

Die von capito entwickelten Materialien bieten die Möglichkeit, über den üblichen Unterricht im Klassenzimmer hinauszugehen, sei es durch den Besuch außerschulischer Lernorte, die Einladung eines Referenten in den Unterricht, die Durchführung eines Planspiels oder die Teilnahme an einem Schulwettbewerb. So lässt sich der Unterricht tagesaktuell, vielseitig und spannend gestalten. Den Schülern werden motivierende Anreize gegeben, die an ihre Lebenswelten anknüpfen.



Um die pädagogische Qualität der Materialien zu sichern, hat capito einen pädagogischen Beirat berufen, der sowohl die Themensetzung als auch die Inhalte auf ihren pädagogischen Mehrwert hin überprüft. Mit den „Qualitätskriterien für verantwortungsvolle Bildungskommunikation“ hat capito sich zudem Maßstäbe für die eigene Arbeit gesetzt, die u. a. die werbefreie und ausgewogene bzw. neutrale Darstellung von Themen sowie die pädagogische Qualität garantieren sollen. Die Qualitätskriterien wurden gemeinsam mit der Steinbeis-Hochschule ICRM entwickelt.

Im Jahr 2014 realisierte capito für unterschiedliche Herausgeber unter anderem Materialien zu den Themen Inklusion, Europawahl, Umwelt und Mobilfunk und Aufarbeitung der SED-Diktatur. Außerdem betreute die Agentur den Kreativwettbewerb „jugend creativ“ der Volksbanken und Raiffeisenbanken, den Schulwettbewerb des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik „alle für EINE WELT für alle“ und den von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ausgelobten Wettbewerb „Jugend recherchiert“.

Weitere Informationen
finden Sie unter
www.capito.de.

capito.
BILDUNGSKOMMUNIKATION



Mehr Gerechtigkeit jetzt wagen – 5,5 Prozent mehr – Einkommensrunde 2015



Mit Blick auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen im Rahmen der Einkommensrunde 2015 tagten im Dezember 2014 die Bundestarifkommission und der Bundesvorstand des dbb am 18. Dezember 2014 in Berlin

Sie beschlossen unter anderem folgende Forderungen:

- Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 5,5 Prozent,
- mindestens aber um 175 Euro
- Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 100 Euro monatlich
- Laufzeit 12 Monate
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- Dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
- Schaffung einer Entgeltordnung für Lehrkräfte

Über 200.000 angestellte Lehrkräfte gibt es in Deutschland. Eine Entgeltordnung haben diese Kolleginnen und Kollegen jedoch bis heute nicht. Ordnungspolitisch ist das ein Riesenversäumnis, gegenüber den Betroffenen ein großes Unrecht und zur Gewinnung von jungen Menschen fürs Lehramt ein echtes Defizit. Der dbb fordert von der TdL, diesen Missstand zu beheben. Auch für die-

se Forderung gilt, dass sie von Bundestarifkommission und Bundesvorstand in großer Eintracht beschlossen wurde.

„Dem VBE ist auch ein Erfolg der Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über die Entgeltordnung Lehrkräfte außerordentlich wichtig. Als einzige Berufsgruppe im öffentlichen Dienst werden tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer nach Länder-Richtlinien bezahlt. Eine Entgeltordnung Lehrkräfte würde mit dieser Praxis Schluss machen. Es geht um die gerechtere Bezahlung und um bundesweit einheitliche Grundsätze der Bezahlung. Ein Verhandlungserfolg stärkt die Wertschätzung des Lehrerberufs“, betonte der VBE-Bundes- und Landesvorsitzende Udo Beckmann.

Der Chef des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, sagte am 19.12.2014 in Magdeburg zu den Forderungen des dbb in der Einkommensrunde der Länder 2015: „Wir stehen geschlossen hinter diesen Forderungen. Angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung und der Steuermehreinnahmen sind die Forderungen angemessen. Weil es eine gemeinsame Einkommensrunde der Tarifbeschäftigten und der Beamten ist, ist sie für uns erst abgeschlossen, wenn das Tarifergebnis ‚ohne Wenn und Aber‘ zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt übertragen worden ist.“

vbe-redaktionsteam



Bundesweit für Sie da:
Mit Direktbank und
wachsendem Filialnetz.

Für uns: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

 **dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Tarifverhandlungen zur Entgeltforderung in Berlin

Seit dem 20. Februar verhandelt nunmehr der dbb mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über eine Entgeltordnung für Lehrkräfte. Im Zwei-Wochen-Rhythmus hat die TdL Entwürfe zu den Einzelbestandteilen einer Entgeltordnung vorgelegt, die die Eingruppierung von Lehrkräften in Entgeltgruppen künftig regeln soll. Das ist keine leichte Aufgabe, denn das gegenwärtige, durch Arbeitgeberrichtlinien bestimmte Eingruppierungsrecht setzt sich aus zwei TdL-Richtlinien (Ost und West) und mehreren Richtlinien einzelner Bundesländer zusammen. Allein in den TdL-Richtlinien gibt es ca. 30 Unterschiede zwischen Ost und West bei der Eingruppierung von Beschäftigten in die jeweiligen Entgeltgruppen – bei gleicher Tätigkeit und Ausbildung. Zudem gibt es in den 15 Mitgliedsländern der TdL 15 verschiedene Besoldungsordnungen für verbeamtete Lehrkräfte.

Bei voll ausgebildeten tarifbeschäftigten Lehrkräften, die über Lehramtsstudium und Vorbereitungsdienst verfügen, wird auf diese beamtenrechtlichen Regelungen verwiesen. Das wird auch nach Inkrafttreten der Entgeltordnung mit hoher Sicherheit so bleiben, denn für die TdL war das die Bedingung für die Aufnahme von Tarifverhandlungen. Für die Länder, in denen Lehrkräfte in der Regel Beamte sind (und das sind alle westdeutschen Länder), ist diese Bezugnahme nachvollziehbar. Über 80 Prozent der tarifbeschäftigten Lehrkräfte verfügen über die entsprechend gleiche vollständige Ausbildung wie ihre verbeamteten Kolleginnen und Kollegen.

Für Beschäftigte ohne vollständige Lehrerausbildung (bundesweit weniger als 20 Prozent der tarifbeschäftigten Lehrkräfte) soll nun ein Tarifwerk entstehen, das diese Lehrkräfte einer Entgeltgruppe zuordnet. Dabei soll ebenfalls die Besoldungsgruppe des Beamten mit vollständiger Lehrerausbildung und gleicher Tätigkeit die Bezugsgröße sein. Je nach Ausbildungsniveau soll, ausgehend von dieser Besoldungsgruppe, eine Eingruppierung in eine niedrigere Entgeltgruppe bzw. eine geringere Bezahlung erfolgen. Dabei muss beachtet werden, dass sich die Besoldungsgruppen verbeamteter Lehrkräfte zwischen Schularten und auch den einzelnen Bundesländern unterscheiden.

Bei den Tarifverhandlungen zu einer Entgeltordnung werden auch die ostdeutschen Besonderheiten entsprechend berücksichtigt. Die Abschlüsse von Lehrkräften mit Ausbildung nach dem Recht der ehemaligen DDR wurden nach der deutschen Wiedervereinigung (weitestgehend) anerkannt. Nach einer sogenannten „Bewährungsfeststellung“ (meist bis Ende 1996) war damit eine wesentliche Voraussetzung für die Übernahme ins Beamtenverhältnis erfüllt. Von der Verbeamtung wurde im Osten in unterschiedlichem Maße Gebrauch ge-

macht. Aber alle neuen Länder (außer Sachsen) brachten für ihre Lehrkräfte mit DDR-Ausbildung entsprechende Ämter in ihren Besoldungsordnungen aus, an denen sich auch die Eingruppierung der Lehrkräfte orientierte, die nicht verbeamtet wurden. In der neu zu entwickelnden Entgeltordnung sollen genau diese Besoldungsgruppen die Bezugsgröße sein, wenn künftig Lehrkräfte mit dieser Ausbildung eingestellt und eingruppiert werden.

In Sachsen gibt es Besonderheiten, die in der künftigen Entgeltordnung zu berücksichtigen sind. Weil der Freistaat eine Verbeamtung von Lehrern bislang ausgeschlossen hat, waren in den beamtenrechtlichen Regelungen keine Lehrkräfte aufgeführt. Stattdessen wurde die Eingruppierung in den Sächsischen Lehrer-Richtlinien des Finanzministeriums geregelt. Dort sind auch entsprechende Bewährungszeiten (i. d. R. 6 Jahre) festgeschrieben, die für bestimmte Gruppen von Lehrkräften die Voraussetzung für eine Höhergruppierung sind. In allen anderen ostdeutschen Ländern sind sogenannte „Bewährungsfeststellungsverordnungen“ mit Ablauf des Jahres 1996 ausgelaufen. Als im Dezember 2013 mit dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz erstmals Lehrkräfte im Beamtenrecht des Freistaates Sachsen aufgeführt wurden, handelte es sich ausschließlich um „Lehrer neuen Rechts“. Somit fehlt in Sachsen für alle Lehrer mit Ausbildung nach dem Recht der ehemaligen DDR die Bezugsgröße im Beamtenrecht. Gleiches gilt übrigens auch für Lehrer (neuen Rechts) mit Ausbildung für das Lehramt an Förderschulen.

Mittlerweile hat die TdL für alle Tätigkeitsmerkmale der künftigen Entgeltordnung ihre Vorstellungen zu Papier gebracht. Dabei gibt es zu den Positionen der Gewerkschaften einige Dissenspunkte, die nun bis zum Auftakt der Tarifrunde 2015 in weiteren Tarifverhandlungen aufgelöst werden sollen. Tarifverhandlungen führen stets zu Kompromissen, aber wir wollen natürlich viele Forderungen unserer Mitglieder umsetzen.



Zur ersten Sitzung der „Arbeitsgruppe Ost“ am 25. November 2014 hatte der dbb Experten aus allen „neuen“ Bundesländern sowie Berlin hinzugezogen.

Starke gewerkschaftliche Interessenvertretung

Forderungen für Einkommensrunde 2015 stehen



Der VBE in der dbb Bundestarifkommission

In die Anfang 2015 startenden Verhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder gehen VBE und die Dachorganisation dbb mit der Forderung nach einem Einkommensplus von 5,5%, mindestens aber 175 Euro, für die Tarifbeschäftigten in Ländern (ausgenommen Hessen). Und die Tarifergebnisse müssen in den Beamtenbereich übertragen werden. Zudem soll es endlich gelingen, mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) eine Entgeltordnung Lehrkräfte durchzusetzen. Die Arbeiten daran hatten Ende Februar 2014 begonnen. „Dem VBE ist ein Erfolg dieser Verhandlungen außerordentlich wichtig“, erklärte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann.

„Es geht um die Wertschätzung des Lehrerberufs. Es geht um eine gerechtere Bezahlung und bundesweit einheitliche Grundsätze der Bezahlung.“ Der stellvertretende Bundesvorsitzende des VBE für den Tariffbereich Jens Weichelt, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, bekräftigte: „In dieser Tarifrunde wollen wir die Einkommenslücke im öffentlichen Dienst schließen und mit einer Entgeltordnung die tarifliche Eingruppierung von Lehrkräften in Gehaltsgruppen tarifvertraglich regeln. Gerade vor dem Hintergrund des akuten Lehrerberufs in bestimmten Ländern und Schularten ist eine Aufwertung des Lehrerberufs dringend notwendig. Es ist unser Ziel, dass künftig die Gewerkschaften mitentscheiden, nach welcher Gehaltsgruppe Lehrkräfte bezahlt werden.“

Jutta Endrusch, Sprecherin der VBE-Bundesfrauenvertretung und Mitglied in der dbb Bundestarifkommission, betonte: „Der Abschluss einer Entgeltordnung für Lehrkräfte ist von besonderer Bedeutung auch für Frauen.“ Der Anteil der weiblichen Beschäftigten im Lehrerbereich in vielen Bundesländern werde immer höher. „Die Grundschule ist die Schulform mit dem höchsten Frauenanteil und gleichzeitig der höchsten Unterrichtsverpflichtung, findet sich aber am unteren Ende der Einkommensskala wieder. Tarifbeschäftigte Lehrerinnen, die darüber hinaus aus familiären Gründen in Teilzeit arbeiten müssen, sind immer häufiger von Altersarmut bedroht. Der Abschluss einer bundesweiten Entgeltordnung für Lehrkräfte wäre ein wichtiges Signal, das Problem der fehlenden Geschlechtergerechtigkeit bei der Bezahlung zu entschärfen“, so Jutta Endrusch.

Vor Beginn der Einkommensrunde 2015 hat die Bundesregierung einem Gesetzentwurf zur Tarifeinheit zugestimmt. Udo Beckmann „Der VBE lehnt ein derartiges Gesetz ab. Am Artikel 9 GG Koalitionsfreiheit darf nicht gerüttelt werden.“



Schulen ganz oben auf die digitale Agenda setzen

Die Herausforderungen digitaler Bildung und die konkreten Bedingungen vor Ort an den Schulen in Deutschland standen im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Sven Volmering (l.), Berichterstatter zum Thema digitale Bildung und Medienkompetenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, und Rolf Busch (r.), erster stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender, am 28. November in Berlin. Dem VBE sei das Thema außerordentlich wichtig, erklärte Rolf Busch. Er verwies auf den Leitfaden Social Media für Lehrpersonen und

Schulleitungen, den der VBE gemeinsam mit den Partnerorganisationen GÖD (Österreich) und LCH (Schweiz) entwickelte. Des Weiteren stellte er die Ergebnisse der repräsentativen forsa-Lehrerbefragung im Auftrag des VBE vor. „Es ist leider nicht die Norm, dass Lehrerinnen und Lehrer einen dienstlichen PC-Zugang haben und über eine geschützte Dienst-E-Mail-Adresse verfügen. Die IT-Ausstattung der Schulen ist mittelalterlich.“ Trotzdem würden neun von zehn Lehrkräften das Internet im Unterricht nutzen. Rolf Busch machte darauf aufmerksam, dass die nötigen Kenntnisse von den Lehrkräften überwiegend auf privatem Wege angeeignet würden. Es gebe großen Nachholbedarf sowohl bei der technischen Ausstattung der Schulen als auch in der Lehreraus- und -weiterbildung. „Länder und Schulträger müssen ihrer Verantwortung nachkommen“, bekräftigte Rolf Busch. „Die Zusammenarbeit mit der IT-Wirtschaft muss dem Bildungs- und Erziehungsauftrag dienen und darf nicht zu Schleichwerbung in den Schulen führen.“

VBE zu Gast auf der LCH-Jubiläumsfeier in Bern

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) beging am 12. Dezember in Bern sein 25-jähriges Bestehen. An der Festveranstaltung nahmen der geschäftsführende Vorstand des VBE Bundesverbandes und die stellvertretende Bundesvorsitzende Internationales teil. Udo Beckmann erinnerte in seinem Grußwort an das Jahr 1989: „Es steht dafür, Grenzen zu überwinden, sich nicht von Tellerrändern aufhalten zu lassen und Visionen zu gestalten. In Berlin fiel die Mauer und genau einen Monat danach schlossen sich der Schweizerische Lehrerinnen- und Lehrerverband sowie die Konferenz Schweizerischer Lehrerverbände zum LCH zusammen. Auch angesichts dieser engen Geschichtsverbindung lag es geradezu auf der Hand, zwischen LCH und VBE eine konstruktive Zusammenarbeit zu entwickeln.“ Der VBE-Bundesvorsitzende überbrachte



In Bern v.l.n.r. Rolf Busch, Jürg Brühlmann (LCH), Gerhard Brand, Beat W. Zemp (LCH), Gitta Franke-Zöllmer, Udo Beckmann, Franziska Peterhans (LCH)

den Schweizer Kolleginnen und Kollegen die herzlichsten Glückwünsche im Namen des Bundesverbandes und der 16 Landesverbände. Auch heute noch haften Lehrerinnen und Lehrern in der Öffentlichkeit hartnäckig der Geruch von Einzelkämpfern an, sagte Udo Beckmann, aber gerade der Blick auf die Geschichte der Interessenvertretung lehre: Spätestens im 19. Jahrhundert, ob in Schweizer Kantonen oder in deutschen Ländern, stellten engagierte Pädagoginnen und Pädagogen klar, dass man zusammenstehen müsse, um mehr Rechte, mehr Gerechtigkeit und mehr Wertschätzung durchzusetzen. „Wir können heute feststellen: die Idee einer gebündelten Interessenvertretung für unseren Berufsstand hat sich gegen allen Widerstand der Obrigkeit und auch gegen Zweifel von Kolleginnen und Kollegen glänzend durchgesetzt.“ LCH, VBE und die österreichische Partnerorganisation GÖD verbindet eine jahrelange enge Zusammenarbeit. In trinationalen Erklärungen positionierten sich die drei Lehrerverbände zum Lehrermangel, zu Schulleistungstests, Schulrankings und Inklusion.



LCH-Präsident Beat W. Zemp freut sich über das VBE-Präsent, einen „Schweizer“ Buddy-Bär

Chinesisches Interesse an Dualer Berufsausbildung

Ende November war eine Studiengruppe der Berufshochschule für Finanzen und Wirtschaft Jiangxi zu Gast beim VBE Bundesverband in Berlin. Der Delegation unter Leitung des Hochschulvizepräsidenten He Xianying (Bildmitte) gehörten Institutsdirektoren, Chefs von Fakultäten und Mitglieder der Hochschulleitung an. Die chinesischen Gäste interessierten sich für die Duale Berufsausbildung und das Duale Studium. Bundesvorstandsmitglied Hartmut Stäker (vorne 2.r.), Präsident des BPV und Berufsschullehrer, vermittelte den Gästen die historischen Wurzeln der Berufsbildung in deutschen Ländern und gab Einblick in aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen im Dualen Ausbildungssystem. Im anschließenden Meinungsaustausch wurde diskutiert, wie insbesondere Kinder aus Arbeiterfamilien an einem Studium nach erfolgter Berufsausbildung interessiert werden.



Adj traf sich in Dortmund

Das zweite Bundestreffen der Arbeitsgemeinschaft der Junglehrer und -lehrerinnen fand vom 20. bis 22. November in Dortmund statt. Die Organisation lag in Händen von Bundessprecherin Kerstin Ruthenschröder. An der Eröffnung nahmen Udo Beckmann und Rolf Busch vom geschäftsführenden Vorstand des VBE Bundesverbandes teil. Sie dankten den Landesvertretern für das Engagement in der Adj und sprachen ihre Wertschätzung aus. Auf der Tagesordnung standen Berichte über Aktivitäten innerhalb der jeweiligen Adj-Landesverbände. Ebenso informierte die Bundessprecherin über ihre zurückliegende Arbeit.

Die Auseinandersetzung mit einem neuen Namen für die Adj stellte einen zentralen Diskussionspunkt der Arbeitssitzung dar. Die Landesvertreter äußerten geschlossen den Wunsch nach einer einheitlichen Identifikation und entschieden sich einstimmig für den Namen „Junger VBE“. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die redaktionelle Überarbeitung des Magazins „aha! – Arbeitshilfen für Anwärter“. Die Neuauflage ist für das Jahr 2015 geplant. Ulrich Hohndorf, Leiter des dbb Geschäftsbereichs Tarif und stellvertretender dbb Bundesgeschäftsführer, informierte über den Ablauf der Einkommensrunde 2015 und besprach mit den Adj-Vertretern Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit.

Am Rande des Adj-Treffens gab es ein Zusammentreffen mit den Mitgliedern des VBE Bundesvorstands. Außerdem nahmen die Adj-Landesvertreter an der Herbsttagung des Deutschen Lehrertages 2014 teil. Das Frühjahrstreffen der Jungen VBELer ist bereits für März 2015 in Königswinter geplant.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Herbsttagung Deutscher Lehrertag 2014 in Dortmund Termin mit hoher Anziehungskraft

In das Dortmunder Kongresszentrum Westfalenhallen kamen am 21. November rund 1.000 Pädagoginnen und Pädagogen, um dabei zu sein. Die erstmalige Herbsttagung des Deutschen Lehrertages „Herausforderung Schule“ war ebenso ein voller Erfolg wie schon die diesjährige Frühjahrstagung im März im Rahmen der Leipziger Buchmesse.

Pauken und Posaunen

„Die Politik posaunt hohe Erwartungen an Schule in die Öffentlichkeit, aber nachhaltige Strategien sind nicht erkennbar“, stellte Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender NRW, in seiner Eröffnung fest und erntete dafür den Beifall im voll besetzten Goldsaal. „Appelle an unser Berufsethos und Lehrerlob in Sonntagsreden verdecken nicht, wie es um die tatsächlichen Rahmenbedingungen in den Schulen steht.“ KMK-Präsidentin und NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann konstatierte anschließend in ihrem Grußwort, es sei auf die Pauke gehauen worden. Sie sei gern gekommen, weil sie den Austausch gut finde.

Wie schon Udo Beckmann plädierte auch Sylvia Löhrmann dafür, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinschaftlich handeln. Da man aber zur Kenntnis nehmen müsse, dass derzeit die Aufhebung des Kooperationsverbots nicht stattfinden werde, sollte für andere Lösungen gekämpft werden, so die Ministerin und nannte ein Kooperationsgebot. Wo die gesetzlichen Bedingungen klar seien, bedürfe es keiner Änderung des Grundgesetzes. Der Bund müsse mit dazu beitragen, Ländern und Kommunen Ressourcen für Inklusion zur Verfügung zu stellen. Sie sprach das Bundesteilhabegesetz an und erinnerte, dass der Bund Verantwortung für die Sozialpolitik trage. Dann müsse da die Musik spielen, unterstrich die KMK-Präsidentin.



Auch der VBE dringt auf ein Kooperationsgebot. „Die Gelder von Bund und Ländern müssen für die großen Herausforderungen gebündelt werden“, forderte Udo Beckmann. Er verwies beispielhaft auf Inklusion und auf die IT-Ausstattung der Schulen.

Lehrerberuf und seine Irrtümer

Spezielle Mutmacher dafür, die „Herausforderung Schule“ in den Griff zu bekommen, waren die beiden Hauptreferenten in Dortmund, der Psychiater und Kabarettist Manfred Lütz und der Tübinger Bildungsforscher Ulrich Trautwein.

Der Empiriker aus Tübingen warb für den Nutzen empirischer Bildungsforschung. Er konfrontierte die Lehrerinnen und Lehrer mit den größten Irrtümern über den Lehrerberuf. Er sei erstens Auffangbecken für Faule und Labile. Heiterkeit im Saal! Ulrich Trautwein erinnerte daran, dass Lehramtsstudierende in Wirklichkeit ein ausgeprägtes starkes soziales Interesse hätten, anderen zu helfen. Auch gingen Lehrer mit weniger Ängstlichkeit an ihre Aufgaben. Aus Trautweins Sicht sind das Eigenschaften, die sehr gut zum Lehrerberuf passen. Entwarnung gab Ulrich Trautwein auch beim Vorwurf, Lehrer würden das Interesse ihrer Schüler abtöten. Es sei normal, dass über die Altersspanne hinweg eine Interessenabnahme und Differenzierung stattfindet. Ergo: Fast alle Schüler sind manchmal interessiert. Ein Irrtum sei es auch, dass Lehrer schlechte Diagnostiker seien. Ulrich Trautwein bestätigte, es gebe den „Hellseher-Effekt“, wodurch soziale Herkunftseffekte bei gleichen Schulleistungen ablesbar seien. Aber der Forscher mahnte, das Entscheidungsverhalten der Eltern sei viel mehr sozial abhängig. Er machte klar, dass er deshalb von der Abschaffung von Schullaufbahneempfehlungen nichts hält. Ein Irrtum sei es auch, dass es einen besten Lehrer Deutschlands

gebe. „Ein Lehrer ist nur toll, weil er im Kontakt zu den anderen steht“, betonte Ulrich Trautwein. Als Illustration bot er einen Stundenplan, in dem in jedem Fach und an jedem Tag der eine beste Lehrer eingetragen war. Als größten Irrtum machte Ulrich Trautwein auch kenntlich: Fortbildungen für Lehrer bringen nichts. Die Finanzminister würden das am lautesten sagen. Der Bildungsforscher verwies auf die Crux des Bildungsbereichs. Entwicklungen in der Schule brauchen Zeit und lassen sich nicht in Legislaturperioden einteilen und messen. Freilich schloss sich hier der Kreis des Vortrags, denn empirische Bildungsforschung soll negativen Annahmen positive Entwicklungen entgegensetzen. Bei den Zuhörern war die Botschaft mit Interesse angekommen.



alarmierte Udo Beckmann in Dortmund. Von der KMK-Präsidentin kam darauf keine Erwiderung.

Wie viel im Argen liegt, stellte auch der Vorsitzende des Verbands Bildungsmedien, Wilmar Diepgrond, heraus. Die Schulpolitik müsse sinnvolle und effiziente Gelingensbedingungen setzen, damit sich Lehrkräfte den drängenden pädagogischen Fragen widmen könnten. Er forderte die Politik auf: „Investieren Sie mehr in Bildung! Jeder Euro zahlt sich doppelt aus.“ Der Deutsche Lehrertag in Dortmund griff ein weiteres Mal gezielt die Schwachstellen der Lehrerfortbildung auf, um Druck auf die verantwortliche Politik zu machen, und er gab zugleich praktische Beispiele, wie Fortbildung gehen kann.

Übrigens: Der nächste Deutsche Lehrertag kommt. Die Frühjahrstagung 2015 findet am Donnerstag, 12. März 2015, im Congress Center an der Leipziger Messe statt. Das Thema lautet: „Schüler unter Druck. Die Schule als Ventil?“ Am selben Tag öffnet die Leipziger Buchmesse. Und wer am Deutschen Lehrertag teilnimmt, erwirbt damit auch das Eintrittsticket für die Buchmesse.

Mira Futász
Fotos: Doro Wilke



Bluff und Wirklichkeit

Aus einer ganz anderen Sicht nahm Manfred Lütz den Faden seines Vorredners auf. Der Kölner Chefarzt bekannte, er sei beunruhigt, vor so vielen Lehrern zu sprechen, aber wahrscheinlich hätten sie Angst vor Psychiatern. In das befreiende Lachen hinein gab Manfred Lütz seine Warnung. „Wir alle sind zunehmend in der Gefahr, in einer künstlichen Welt zu leben.“ Es sei gefährlich, künstliche Welten für realer zu halten als die reale Welt. Manche würden so in der „Lindenstraße“ leben, dass sie die Not der realen Nachbarin gar nicht mehr wahrnehmen würden. Auf seine Frage: „Wie wirklich ist die Wirklichkeit?“, antwortete der Psychiater: „Wir wollen gar nicht glücklich sein. Wir wollen in der Realität leben.“ Manfred Lütz betonte immer wieder, im Leben zählten nur die existenziellen Gründe. Sein Fazit lautete denn auch: „Nur, wenn man eine eigene Identität hat, kann man künstliche Welten nutzen. Nichts ist wiederholbar.“

Die Herbsttagung in Dortmund setzte auf die beiden Schwerpunkte: Wie kann Unterricht in inklusiven Lerngruppen gelingen? Was bringt der Einsatz digitaler Medien zur besseren individuellen Förderung? Insgesamt 41 Workshops wurden angeboten, und die Anmeldezahlen belegten ein weiteres Mal, wo der Schuh in Sachen Fortbildung bei den Lehrerinnen und Lehrern drückt. Von den Ländern werde viel zu wenig passgenaue Fortbildung angeboten, war auch in Dortmund wieder zu hören. Udo Beckmann sprach unter lebhafter Zustimmung der KMK-Präsidentin seinen Glückwunsch aus. Fünf Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention habe die KMK Handlungsbedarf entdeckt! „Es wäre früher passiert, wenn die Politik die Signale aus den Schulen ernst genommen hätte.“ Trist sieht die Situation auch bei Fortbildungsangeboten zum Thema „digitale Schule“ aus. Eine forsa-Repräsentativbefragung im Auftrag des VBE hatte ergeben, dass sich neun von zehn Lehrern ihre Kenntnisse für IT-gestützten Unterricht auf privatem Wege aneignen würden, weil es an Fortbildung mangle. Die digitale Schule werde vom Dienstherrn als Privatangelegenheit auf die Lehrer abgeschoben,

Kinderbezogene Entgeltbestandteile – Herabsetzung der Altersgrenze wird vom Bundesverfassungsgericht überprüft

Das Bundesverfassungsgericht wird sich erneut mit der Frage beschäftigen, ob die von 27 auf 25 Jahre herabgesetzte Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld verfassungsgemäß ist (Az. 2 BvR 646/14).

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 war unter anderem die Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld von 27 auf 25 Jahre abgesenkt worden. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Herabsetzung der Altersgrenze verfassungswidrig ist. Daher hatte der dbb mit dbb Info Nr. 27/2014 Eltern, die durch die Regelung Nachteile erleiden, empfohlen, gegen Kindergeld- bzw. Steuerbescheide binnen eines Monats Einspruch einzulegen und unter Verweis auf das laufende Verfahren beim Bundesverfassungsgericht (Az. 2 BvR 646/2014) ein Ruhen des Verfahrens zu beantragen.

Zahlreiche Tarifregelungen sind vom Bezug von Kindergeld abhängig. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um die §§ 11 TVÜ-Länder, 11 TVÜ-H, 11 TVÜ-VKA, 11 TVÜ-Bund, 10 TVÜ-BA, 23 TV-N Bayern, 3 TV-EL, 23a TV-H, 22 TV-V.

Sollte das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit feststellen, hätte diese Entscheidung auch Auswirkungen auf die Gewährung der kinderbezogenen Entgeltbestandteile einer Vielzahl von Tarifverträgen. Es ist daher zur Wahrung eventueller Rechte geboten, aktiv zu werden.

Daher sollten Tarifbeschäftigte, die durch die herabgesetzte Altersgrenze Nachteile erleiden, unter Verweis auf das Verfahren beim Bundesverfassungsgericht bei ihrem Arbeitgeber die Zahlung der kinderbezogenen Entgeltbestandteile für das in Betracht kommende Kind geltend machen.

Die einmal durchgeführte schriftliche Geltendmachung wahrt den Anspruch unter Berücksichtigung einer tariflichen Ausschlussfrist auch für die Zukunft und unterliegt der Regelverjährung von drei Jahren.

dbb tarifunion, dbb-info 17/2014

Digitales Lernen an Deutschlands Schulen nicht möglich

„Die digitale Schule gibt es in Deutschland bislang nur virtuell entgegen aller Ankündigungen der Politik“, kritisiert VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann anlässlich der aktuellen Schülerbefragung von Bitkom und Learntec. „Lehrer wie Schüler sehen darin ein Fiasko.“ Beckmann verweist auf die repräsentative forsa-Lehrerbefragung im Auftrag des VBE, die durch die aktuelle Befragung unter Schülern fast durchgängig bestätigt wird.

„Die VBE-Umfrage hat u. a. ergeben: Neun von zehn Lehrern verneinen das Vorhandensein von Klassensätzen mobiler Geräte. 22 Prozent der Lehrkräfte bundesweit haben noch keinerlei Zugang zu einem Dienst-PC in der Schule. Über 40 Prozent haben keine geschützte Dienst-E-Mail-Adresse.“ Nicht nur die IT-Ausstattung sei mittelalterlich, so Beckmann. Auch die Wartung werde den Schulen allein überlassen. „Und die Aneignung von Kenntnissen für IT-gestützten Unterricht eignen sich neun von zehn Lehrern auf privatem Wege an, weil Fortbildungsangebote fehlen.“

Beckmann weiter: „Die zuständige Politik muss endlich ihre Verweigerungshaltung aufgeben und die Mittel für eine zeitgemäße IT-Ausstattung aller Schulen, auch der Grundschulen, bereitstellen. Dienstherrn und Schulträger schieben das Thema als Privatangelegenheit auf die Lehrer ab. Es muss Schluss damit sein, die digitale Agenda nur zu beschwören.“ Es sei ein Skandal, betont Beckmann, wenn von Lehrern und Schülern erwartet werde, ihre Privatgeräte in der Schule zu nutzen.

„Das ist nicht nur Rotstiftpolitik auf dem Rücken der Lehrer, es schafft auch neue Abhängigkeiten vom Geldbeutel der Eltern. Die öffentlichen Schulen dürfen von der Politik nicht auf diesen Holzweg geschickt werden.“

VBE

Jeder zweite Lehrer ohne geschützte Dienst-E-Mail-Adresse

Forsa Lehrerumfrage im Auftrag des VBE:

Deutschlands Schulen können von einer zeitgemäßen IT-Ausstattung nur träumen. Dennoch nutzen neun von zehn Lehrkräften das Internet im Unterricht. Die Kenntnisse dafür haben sich die Lehrer vor allem privat angeeignet. Das ergibt eine Repräsentativbefragung von Lehrern, die der VBE bei forsa in Auftrag gegeben hatte. Befragt wurden dafür bundesweit und in NRW Lehrkräfte von der Grundschule bis zur berufsbildenden Schule. Eine vergleichbare Lehrerumfrage gibt es bisher nicht. Der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann stellte heute in Düsseldorf die Ergebnisse vor.

„Die IT-Ausstattung der Schulen ist mittelalterlich“, kritisierte Udo Beckmann. „Wer digitales Lernen in den Schulen ernsthaft installieren will, muss eine zeitgemäße Ausstattung aller Schulen, von der Grundschule bis zu den berufsbildenden Schulen, sichern. Und das ist allein in Verantwortung der Dienstherren und Schulträger zu realisieren.“ Schulen seien weit davon entfernt, dass der PC für Lehrkräfte zum alltäglichen persönlichen Arbeitsgerät am Arbeitsplatz Schule zähle. PCs ständen in der Regel als Einzelexemplar im Lehrerzimmer, bei der Schulleitung oder in Computerräumen. „22 Prozent aller befragten Lehrer bundesweit haben nicht einmal Zugang zu einem solchen PC. Von den befragten Grundschullehrkräften haben 27 Prozent keinerlei Zugang zu einem Dienst-PC“, sagte Beckmann. Insbesondere die Grundschulen seien abgehängt, auch auf diesem zukunftssträchtigen Feld. Ein schnelles Internet würden nur 59 Prozent der befragten Grundschullehrkräfte für ihre Schule angeben. Den Zugang an der Grundschule zu einer geschützten Online-Plattform für Unterricht, Hausaufgaben oder Elternkontakte bestätigte nur ein knappes Drittel, während bundesweit 42 Prozent der Befragten den Zugang bestätigen würden.

Als Skandal bezeichnete Udo Beckmann, dass im Bundesdurchschnitt nur 57 Prozent der befragten Lehrkräfte das Vorhandensein einer geschützten dienstlichen E-Mail-Adresse bestätigen. Sogar ein Viertel der befragten Schulleitungsmitglieder muss ohne geschützte Dienst-E-

Mail-Adresse auskommen. „Das ist nichts anderes als eine Ermunterung der Schulen durch die Verantwortlichen von Land und Schulträgern zu einem fahrlässigen Umgang mit Daten“, so Beckmann. „Im beruflichen Alltag fällt eine Vielzahl zu schützender Daten über Schüler und deren Lernsituation sowie über interne Arbeitsprozesse in der Schule an. Auch Schulämter, Schulverwaltungen und Ministerien fragen regelmäßig Daten ab, die vor Missbrauch unbedingt zu schützen sind. Der VBE fordert geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für jeden Lehrer, damit das Gebot des Datenschutzes garantiert wird.“

Beckmann stellte weiter fest: „Nicht nur die IT-Ausstattung ist mangelhaft, überdies wird auch die technische Betreuung den Schulen selbst überlassen. Weniger als die Hälfte der befragten Lehrerinnen und Lehrer berichtet, dass sich an ihrer Schule IT-Fachpersonal bzw. ein IT-Support darum kümmert. 71 Prozent geben dagegen an, dass sich einzelne Fachlehrer um die Wartung kümmern.“ Als Privatangelegenheit werde offenbar vom Dienstherrn auch die Aneignung von Kenntnissen für IT-gestützten Unterricht behandelt, erklärte Beckmann: „Lehrerfortbildung als Fehlangelegenheit!“ Neun von zehn der befragten Lehrkräfte haben sich überwiegend auf privatem Wege Kenntnisse angeeignet, jeder dritte auch mithilfe von Kollegen. „Die digitale Schule wird vom Dienstherrn als Privatangelegenheit auf die Lehrer abgeschoben“, alarmiert Beckmann: „Auch das ist Rotstiftpolitik auf dem Rücken der Lehrkräfte. In der Lehrerarbeitszeit ist dafür kein Zeitfenster vorgesehen.“

Beckmann zieht sein Fazit aus der forsa-Umfrage: „Lehrkräfte machen aus den unterbelichteten IT-Verhältnissen an ihrer Schule das Beste, um ihren Schülern IT-Bildung so gut wie eben möglich zu vermitteln. Von digitaler Verweigerung kann keine Rede sein. Es muss endlich Schluss damit sein, das Thema IT als Privatvergnügen der Lehrer anzusehen. Die zuständige Politik muss das Geld für die digitale Aufrüstung der Schulen bereitstellen und darf sich nicht auf Appelle zum Sponsoring zurückziehen.“

vbe

**Der VBE Sachsen-Anhalt informiert:
In der Zeit vom: 24.02.2015 – 28.02.2015 findet in Hannover
die Bildungsmesse didacta statt.**

Die Veranstaltung hat vom LISA folgende Reg.-Nr.

**WT 2015-500-01
erhalten**

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Personalratswahlen 2015

Am 27.05.2015 finden die Personalratswahlen an den öffentlichen Schulen sowie zu den Lehrerbezirkpersonalräten und dem Lehrerhauptpersonalrat statt. Dazu hat das Kultusministerium einen entsprechenden Erlass veröffentlicht.

Darin ist auch ein Zeitplan angegeben. Da die Wahlen an den Schulen etwas von den Wahlen in der öffentlichen Verwaltung abweichen, empfiehlt des Kultusministerium:

**Bestellung des Wahlvorstandes (§§ 20 bis 22 PersVG LSA*)
möglichst bis Ende Februar 2015**

Bekanntgabe der Namen der Mitglieder des Wahlvorstandes, der Ersatzmitglieder sowie seiner Anschrift durch Aushang in den Schulen und Seminaren (§ 1 Abs. 3 WO PersVG LSA**)

unverzüglich nach Bestellung des Wahlvorstandes

Bekanntgabe des Wahlausschreibens durch Aushang in den Schulen und Seminaren (§ 6 Abs. 1 WO PersVG LSA**)

frühestens nach Ablauf von sechs Arbeitstagen seit der Bekanntgabe der Namen der Mitglieder des Wahlvorstandes, spätestens bis 17.3.2015

Auslegung des Wählerverzeichnisses in den Schulen und Seminaren (§ 2 Abs. 3 WO PersVG LSA**)

unverzüglich nach Bekanntgabe des Wahlausschreibens

Ende der Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis (§ 3 Abs. 1 WO PersVG LSA**)

sechs Arbeitstage nach Auslegung des Wählerverzeichnisses

Ende der Frist für das Einreichen von Wahlvorschlägen (§ 7 Abs. 2 WO PersVG LSA**)

18 Kalendertage nach Bekanntgabe des Wahlausschreibens

Bekanntgabe der als gültig anerkannten Wahlvorschläge (§ 13 Abs. 1 WO PersVG LSA**)

spätestens am 18. 5. 2015

Tag der Stimmabgabe

27.5.2015

öffentliche Auszählung der Stimmen und Feststellung des Wahlergebnisses, Benachrichtigung der gewählten Bewerberinnen und Bewerber und Bekanntmachung des Wahlergebnisses durch zweiwöchigen Aushang (§§ 20, 22 und 23 WO PersVG LSA**)

unverzüglich nach Abschluss der Wahl, spätestens am folgenden Arbeitstag, am 28. 5. 2015

konstituierende Sitzung (§ 32 Abs.1 PersVG LSA*)

spätestens am 3. 6. 2015 – bei Feststellung des Wahlergebnisses am 28. 5. 2015, spätestens am 4.6.2015

Bei den Wahlen zu den Stufenvertretungen nach § 86 (Lehrerbezirkpersonalräte) und § 88 PersVG LSA* (Lehrerhauptpersonalrat) ist nach dem in § 87 PersVG LSA* genannten Fachgruppenprinzip zu wählen.

Für die Stimmzettel werden folgende Farben empfohlen:

Stimmzettel für die Wahl zum	Farbe
Schulpersonalrat	weiß
Lehrerbezirkpersonalrat	grün
Lehrerhauptpersonalrat	gelb

Anmerkung:

* PersVG LSA – Personalvertretungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

** WO PersVG LSA – Wahlordnung des Personalvertretungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Für Fragen stehen zur Verfügung: der Hauptwahlvorstand:

Telefon 0391/567-7701,

E-Mail: Hauptwahlvorstand.lhpr@mk.sachsen-anhalt.de

sowie die Wahlvorstände

für den Lehrerbezirkpersonalrat Halle:

Telefon: 0345/5143801 oder -3802,

E-Mail: bwv-hal@lscha.mk.sachsen-anhalt.de

für den Lehrerbezirkpersonalrat Magdeburg:

Telefon: 0391/567-5890,

E-Mail: bwv-md@mk.sachsen-anhalt.de

ube-redaktionsteam

Information des Referates Recht

Das Referat Recht bietet Beratung und Unterstützung für verschiedene Belange des dienstlichen und schulischen Alltags an. Um eine entsprechende Rechtsberatung zu gewährleisten, ist es erforderlich, dass sich die betreffenden Mitglieder persönlich an die Leiterin des Referates Recht, Frau Kati Elze, wenden:

Telefon: 039291-40524 oder E-Mail: kelze@vbe-lsa.de oder per Post: Kati Elze, August-Bebel-Straße 7, 39240 Calbe

Kati Elze,

Leiterin des Referates Recht

Andere Adresse? Mehr Geld – andere Entgeltgruppe? In Altersteilzeit? Andere Schule?

Liebes Mitglied, um auch in Zukunft gut informiert zu sein oder einfach die Vorzüge der Mitgliedschaft besser in Anspruch nehmen zu können, ist es notwendig, dass die Landesgeschäftsstelle immer auf dem aktuellen Stand ist. Sollte sich die Bankverbindung geändert haben (z. B. durch Änderung der Bankleitzahl), dann ist es dringend erforderlich, diese geänderten Daten mitzuteilen. Eine Fehlbuchung kann je nach Bank bis zu 10 EUR kosten!

Helfen Sie dem VBE Sachsen-Anhalt, diese unnötigen Kosten zu sparen, und senden Sie diesen Abschnitt an:
Verband Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale oder per Fax 0345-6872178.

- Änderung der Dienststelle Löschung der Mitgliedschaft Änderung des Namens
 Änderung der Bankverbindung Änderung der Anschrift Änderung der Arbeitszeit
 Änderung der Vergütung (Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe) Änderung zur Altersteilzeit/Renteneintritt
 _____ _____

Mitglied _____

Änderung im Detail _____

VBE-Beitrittserklärung

Verband Bildung
und Erziehung
Feuersalamanderweg 25
06116 Halle
T. + 49 345 - 6872177
F. + 49 345 - 6872178
E-Mail: post@vbe-lsa.de

Ich erkläre durch meine Unterschrift meinen Beitritt zum Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer DE20VBE00000090886
Mandatsreferenz = _____ wird Ihnen mit der Eintrittsbestätigung mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich den Verband Bildung und Erziehung (VBE) lsa, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, diese Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut des Zahlers _____

BIC _____ IBAN _____

Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift wird mich der Verband Bildung und Erziehung (VBE) über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Vorname, Name des Kontoinhabers _____

Anschrift (PLZ, Ort, Straße) _____

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Name _____ Vorname _____ Geburtsdatum _____

zum _____ Angestellte / Angestellter Beamtin / Beamter

PLZ, Wohnort _____ Straße, Nr. _____ Telefon _____

Name der Schule _____ Straße, Nr. _____ Telefon _____

E-Mail-Adresse (für Rückfragen bzw. Aufnahme in den E-Mail-Verteiler – freiwillig) _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Mitgliedsbeiträge für Vollbeschäftigte Gültig ab 1. März 2002 (Bitte ankreuzen!)

EG 5 A 6 6,50 € EG 9 A 10 10,00 € EG 13 A 13 14,00 € EG 15 U A 16 19,00 €

EG 6 A 7 7,50 € EG 10 A 11 11,50 € EG 14 A 14 15,00 € Studierende

EG 8 A 8/A 9 9,00 € EG 11 A 12 13,00 € EG 15 A 15 17,00 € beitragsfrei

Rentner/Pensionäre/Umschüler 5,00 € Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst 2,00 €



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Sachsen-Anhalt

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Sachsen-Anhalt
Feuersalamanderweg 25 · 06116 Halle/Saale
Internet: www.vbe-lsa.de
E-Mail: post@vbe-lsa.de

Deutscher Lehrertag 2015
Frühjahrstagung

Schüler unter Druck.
Die Schule als Ventil?

Weiterbildungstag für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen
von VBE und Verband Bildungsmedien e. V. im Rahmen der Leipziger Buchmesse

Donnerstag, 12. März 2015, von 10.15 bis 16.15 Uhr
Congress Center Leipzig, Messe-Allee 1, 04356 Leipzig

Programm

<p>ab 9.15 Uhr Begrüßungskaffee</p> <p>10.15 Uhr Eröffnung <i>Udo Beckmann</i> Bundesvorsitzender des VBE</p> <p><i>Wilmar Diepgrond</i> Vorsitzender Verband Bildungsmedien e. V.</p> <p><i>Brunhild Kurth</i> Präsidentin der KMK 2015</p> <p>10.45 Uhr Hauptvortrag: „Burnout-Kids“</p> <p>Prof. Dr. med. Michael Schulte-Markwort Ärztlicher Direktor der Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychosomatik des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf</p>	<p>11.45 – 12.45 Uhr Mittagspause</p> <p>12.45 – 13.45 Uhr Workshoprunde I</p> <p>13.45 – 14.00 Uhr Pause</p> <p>14.00 – 15.00 Uhr Workshoprunde II</p> <p>15.00 – 15.15 Uhr Pause</p> <p>15.15 – 16.15 Uhr Workshoprunde III</p> <p>16.15 Uhr Ende des Deutschen Lehrertages, anschl. Besuch der Leipziger Buchmesse</p> <p>Anmeldung zum Deutschen Lehrertag online ab 12. Januar 2015 Weitere Hinweise unter www.deutscher-lehrertag.de Anmeldeschluss: 02. März 2015 Teilnahmegebühr inkl. Mittagsimbiss, Eintritt zur Leipziger Buchmesse: 35 € (Lehramtsstudierende, Referendare 20 €) VBE-Mitglieder 20 € (Lehramtsstudierende und Referendare im VBE 10 €)</p>
--	---

Die Gestaltung des Workshop-Programms liegt bei der VBM Service GmbH.



Mit freundlicher Unterstützung der

Fokus Bildung
12.–15. März 2015